

# Präambel

Sie haben im September 2021 zweimal die Wahl! Bereits vor der Bundestagswahl am 26. September, werden wir am 12. September entscheiden, wie unsere kommunalen Parlamente aussehen. Mit der Bundestagswahl beginnt eine neue Politik in Deutschland und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese entscheidend mitgestalten.

Auch in der Kommunalpolitik werden in der nächsten Wahlperiode 2021-26 wichtige Entscheidungen im Landkreis, den Städten und den Gemeinden getroffen. Diese bestimmen grundlegend die Entwicklungen in unserem persönlichen Bereich, die uns vor Ort betreffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bei dieser Aufgabe für

- den Erhalt aller Lebensgrundlagen auch unserer nachfolgenden Generationen
- die soziale Gerechtigkeit und würdevolle Teilhabe
- eine zukunftsfähige Politik, die auf eine ökologisch-nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung setzt
- die konsequente Verfolgung der Natur- und Klimaschutzziele in allen Bereichen unseres Landkreises

Seit Anfang 2020 bestimmt die Corona-Pandemie unser tägliches Leben. Dies ist auch eine Chance, uns unserer Werte und Verantwortung bewusst zu werden. Die Pandemie zeigt uns die Grenzen unseres unerbittlichen Raubbaus an der Natur auf. Je mehr wir Lebensräume zerstören, desto näher kommen uns existenzielle Bedrohungen. Ein bisschen Reparatur reicht da nicht mehr aus. Wir brauchen einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Die Pandemie zeigt uns, dass wir uns nur schützen und unsere Lebensgrundlagen erhalten können, wenn wir global und solidarisch denken und handeln. Das beginnt vor der Haustür.

Auf kommunaler Ebene zeigt sich, wie sich die Gesetzgebung auf uns und unser Leben auswirkt. Das gilt für das Krankenhausfinanzierungsgesetz ebenso, wie die Debatte um die Umsetzung der europäischen Natura 2000 Richtlinie.

In den vergangenen Jahren hat die Landkreispolitik zunehmend die Beteiligung der Bürger\*innen vernachlässigt.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine lebendige Demokratie vor Ort. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Wir wollen weiterhin alle Instrumente nutzen, um Bürgernähe, Transparenz und direkte Mitbestimmung aller Bürger\*innen zu ermöglichen. Dabei dürfen Alter, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, Herkunft, Weltanschauung oder Einkommenshöhe keine Rolle spielen. Darauf beruht unsere politische Arbeit vor Ort.

Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben im Landkreis, eine Mobilität auch unabhängig vom Auto, Zugang zu Bildung, Kultur und Sozial- und Gesundheitsleistungen.

# Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Auf Initiative der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Landkreis gefordert, eine Klimaschutzstrategie zu erarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur Ziele formuliert, sondern konkrete Projekte umgesetzt werden. Dazu gehören ein Budget und eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, die bei der Bevölkerung ankommt. Dafür wollen wir nach der Kommunalwahl einen eigenständigen Klima- und Umweltausschuss einrichten, in dem die Umsetzungsschritte transparent dargestellt werden.

Der Landkreis Aurich hat mit seiner Küste zum Weltnaturerbe Wattenmeer ein globales Alleinstellungsmerkmal, das es zu schützen gilt. Wir fordern, dass die Ziele des Weltnaturerbes Wattenmeer noch mehr in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Das betrifft die Sicherung der Küste vor Schiffshavarien, Überfischung und Müllentsorgung, um die einzigartigen Lebensräume von Flora und Fauna zu bewahren.

Hierzu gehört auch die Frage der weiteren Emsvertiefung und der Verklappung des Schlicks im Wattenmeer. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass

- Gasbohrungen im Wattenmeer
- die Errichtung von Kohle- und Atomkraftwerken und
- der Bau eines Endlagers für Atommüll an der Küste

verhindert werden.

Das gilt aktuell vor allem für das Kohlekraftwerk in Eemshaven. Weder die dafür notwendige Emsvertiefung noch die Emissionen halten wir für verantwortbar. Durch Verpuffungen der Chemiefabrik in Delfzijl werden krebserregende Stoffe freigesetzt, die durch den Wind in die nur 10 km entfernte Krummhörn und nach Emden getragen werden. Wir fordern die Einrichtung einer Messstation, um die Belastungswerte diesseits des Dollarts zu messen. Die nächsten Messtationen in Emden und Lingen sind nicht ausreichend für eine Gefahrenabschätzung.

Der Nationalpark Wattenmeer bietet ein großes wirtschaftliches Potenzial für den nachhaltigen Tourismus mit vielen sicheren Arbeitsplätzen vor Ort und ist damit ein Beispiel, wie sich Umwelt- und Naturschutz im Landkreis rechnen kann. Der Landkreis erarbeitet eine Klimaschutzstrategie, die auf Initiative der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion beruht. Dazu wurde eine Stabsstelle Klimaschutz eingerichtet, die regelmäßig dem Kreistag Bericht erstatten muss.

**Wir wollen nach der Kommunalwahl wieder einen eigenständigen Umweltausschuss. Denn unsere Umwelt ist global und lokal zukunftsrelevant.**

# Umwelt und Landwirtschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Sicherung und Entwicklung der regionalen Landwirtschaft mit umweltfreundlicher Produktion und fairen Preisen, die den Landwirt\*innen ein angemessenes Einkommen sichert. Wir werben, dass die Erzeugerpreise die ökologische Wahrheit sagen.

Nur so kann eine gesunde Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung gegenüber der Massentierhaltung, der Überproduktion, der Überdüngung, der Vergiftung der Böden und des Grundwassers mit Glyphosat und anderen Pestiziden auf Dauer erhalten werden. Bei vielen Verbraucher\*innen hat ein Umdenken stattgefunden, dass die Qualität gesunder Lebensmittel ihren Preis hat. Das wollen wir weiter unterstützen.

Die bäuerliche Landwirtschaft in Ostfriesland ist ein Alleinstellungsmerkmal und trägt damit auch zum Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft bei. Direktvermarktung und touristische Angebote können diese Entwicklung unterstützen.

Der „niedersächsische Weg“ zum Natur- und Artenschutz, der im November 2020 im niedersächsischen Landtag verabschiedet wurde, ist ein positives Beispiel wie Naturschutz und Landwirtschaft aufeinander zugehen können. Möglich wurde er durch eine entschlossene Haltung der Naturschutzverbände und der Grünen vor Ort. Der Start eines Volksbegehrens mit 162.530 Unterschriften ermöglichte eine starke Verhandlungsposition.

Das kann aber nur ein Anfang sein. Wir fordern ein flächenbezogenes Nährstoffkataster für Gülle und für Gärreste aus Biogasanlagen und eine deutliche Absenkung der Grenzwerte für Nitrate und Phosphate. Wertvolle landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht zur Gülle-Deponie der Massentierhaltung werden – nicht für eigene und schon gar nicht für importierte Gülle.

**Für die Pflege von Natur und Landschaft muss den Landwirt\*innen die Teilnahme an Naturschutzprogrammen wie z.B. Wiesenvogelschutz oder die Einrichtung von Blühstreifen finanziell ermöglicht werden. Hierzu müssen Landesmittel bereitstehen, die die Landkreisverwaltung dann auch abrufen.**

## Tierwohl

Wir setzen uns seit jeher für mehr Tierwohl und gegen die Massentierhaltung ein. Gleichzeitig wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und die Vermarktung von regionalen Produkten fördern, weil sie zukunftsweisend sind.

Viele Tiertransporte über Land und See kommen durch die Überproduktion bei der Massentierhaltung zustande. Es ist egal, ob sie dann als Schlacht- oder wie bei uns als Zuchtvieh deklariert werden. Die meisten Transporte außerhalb der EU-Grenzen werden zu Qualtransporten. Wir fühlen uns daher den vielen Tierschutzinitiativen verpflichtet, die solche skandalösen Vorgänge immer wieder an die Öffentlichkeit bringen.

Ganz besonders beschäftigt uns das Thema Tierleid und Tiertransporte in Drittländer. Der Landkreis Aurich hat hier immer wieder durch seine intransparente Genehmigungspraxis eine unrühmliche Rolle gespielt. Das gilt auch für die fehlende Kommunikation von Verwaltung und Transporteuren gegenüber der Öffentlichkeit.

Unsere prominent besetzte Podiumsdiskussion „Tiertransporte und Tierwohl – ein unlösbares Problem?“ zeigte dies im letzten Herbst auf. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Initiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Beendigung von Tiertransporten – besonders in Nicht-EU-Länder – auf kommunaler Ebene aufgreifen. Im Kreistag nutzen wir die öffentlichen Debatten, um Berichte einzufordern. Wir fordern den Landkreis auf, seiner Aufsichtspflicht nachzukommen und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen besser zu kontrollieren.

Das Wohl der hiesigen Tiere ist uns ebenso wichtig. Unsere Ställe sind so zu gestalten, dass sie den Anforderungen an den modernen Tierschutz wie Platzbedarf, Raumklima und Brandschutz, in jeder Hinsicht genügen. Es darf z.B. nicht mehr passieren, dass Schweine in viel zu engen Kojen qualvoll verbrennen, weil aus Kostengründen keine verbindlichen Standards zum Schutz der Tiere vorliegen. Auch die Schlachtmethode durch CO<sub>2</sub>-Betäubung lehnen wir ab.

Die Notwendigkeit, dass der Staat sich bei der Kastration von Katzen einbringt, wurde im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung von uns mehrfach thematisiert. Daraufhin beteiligte sich der Landkreis finanziell an den Kastrationskosten. Sinnvoller wäre es, wenn die Tierschutzvereine jährlich verlässlich mit einer gleichbleibend hohen Summe rechnen könnten.

## **Wolf als Teil der Natur**

Der Wolf ist ein wertvoller Teil der Natur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Aurich halten den Schutz des Wolfs weiterhin für dringend geboten. Wir wenden uns gegen die Forderung des Landvolks, Ostfriesland wolfsfrei zu halten und Wölfe zum Abschuss freizugeben. Diese Forderung verstößt gegen deutsches und europäisches Recht.

Die Begründung, Wölfe würden den Küstenschutz gefährden, weil Schäfer angeblich nicht mehr bereit seien, ihre Schafe auf den Deichen zu weiden, ist nicht haltbar. Wir fordern vom Landkreis, sich stärker für die Förderung und Unterstützung von Schutzmaßnahmen einzusetzen. Ein effizientes Weidemanagement für Betriebe, deren Tiere wie etwa Schafe und Kühe gefährdet sind, muss auf die jeweilige Situation flexibel angepasst werden können.

Neben Zäunen, sind ausgebildete „Herdenschutzhunde“ nach neuesten Erkenntnissen besonders gute Schutzmaßnahmen, da sie sich als Teil der Herde begreifen und dauerhaft mit ihr leben. Dazu gehören eine präventive und vorausschauende Schutzplanung und die 100%ige Übernahme der notwendigen Kosten.

# Trinkwasserschutz

Die letzten heißen und trockenen Sommer gaben einen Vorgeschmack auf die durch den Klimawandel zu befürchtende Wasserknappheit. Darum müssen wir uns intensiv um den Schutz des vorhandenen Trinkwassers, aber auch um Möglichkeiten des Wassersparens und die Sicherung von Trinkwasserreserven kümmern. Langfristig müssen neue Konzepte entwickelt werden, das Süßwasser, welches aktuell bei Ebbe ins Meer gepumpt wird, als natürliche Ressource wertzuschätzen.

Damit Trinkwasser für kommende Generationen ebenso gesund und bezahlbar bleibt wie jetzt, darf Landnutzung nicht zur Schadstoffbelastung der Gewässer und des Grundwassers und dadurch zur Senkung der Trinkwasserqualität führen. Besonders die Nitratgrenzwerte müssen gesenkt werden.

Laut NLWKN (Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) ist „Grünland“ der beste Schutz vor Nitratbelastung. Leider sind davon in den letzten Jahren mehr als 3.000 ha an den Maisanbau verloren gegangen. Hier brauchen wir eine Trendwende.

Das muss auch für die zunehmende Hormon- und Antibiotikabelastung durch Arzneimittel gelten. Wir fordern darüber hinaus vom Landkreis Aurich, ein Schadstoff- und Emissionskataster einzurichten und die Messdaten regelmäßig zu veröffentlichen.

Aus diesem Grund lehnen wir auch die Pläne von Vermillion Energie GmbH, nach Erdöl und Erdgas zu suchen grundsätzlich ab. Zudem befinden sich im Bewilligungsfeld ein Wasserschutzgebiet und das Wasserwerk Marienhaf, das den ganzen Westen Ostfrieslands mit Trinkwasser versorgt. Auch wenn die Genehmigung der Landesbehörde für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vorliegt, werden wir alle unsere Möglichkeiten nutzen, diese Pläne zu bekämpfen.

Die Bohrschlammgruben Königskeil in Victorbur sind für uns ebenfalls ein wichtiges Thema. Zwischen 1963 und 2006 wurden dort Spülungsreste aus Erdgasbohrungen eingelagert, aus denen erhöhte Werte von krebserregenden Chloriden und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) austreten und das Trinkwasserschutzgebiet gefährden. Hier stehen die LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) und die Firmen Exxon Mobile und Neptune Energy in der Verantwortung. Wir setzen uns dafür ein, dass die untere Wasserbehörde unseres Landkreises dieser Verantwortung gerecht wird. Wir fordern eine moderne, den jetzigen Umweltstandards angepasste Sanierung zum Schutz unseres Trinkwassers.

Gerade auch vor dem Hintergrund der vorkommenden Schäden in der benachbarten niederländischen Provinz Groningen. Dort hat die Nutzung der Gasfelder zur Absenkung der Böden und zu Erdbebenschäden an Infrastruktur und Gebäuden geführt, für die Versicherungen vertragsmäßig nicht aufkommen. Wir wollen unsere Bürger\*innen und zukünftige Generationen davor bewahren.

# Abfall und Kreislaufwirtschaft

Der Landkreis Aurich hat in den letzten Jahren die Müllabfuhr rekommunalisiert und sich bei der Abfuhr der blauen und gelben Tonnen gegen Mitbewerber\*innen durchsetzen können. Auch die Bestrebungen der im kreiseigenen Betrieb angesiedelten Kreislaufwirtschaft, die Recycling- und die Verwertungsquote hoch zu halten, sind anerkennenswert. Es wurden eine Biogasanlage, in der ein Teil des Biomülls vergärt wird, und Blockheizkraftwerke (BHKW) errichtet. Der entstehende Strom, der ins Netz eingespeist wird, trägt dazu bei, die Müllgebühren im Landkreis gering zu halten.

Leider wurden bisher jedes Jahr rund 10% des produzierten Biogases nicht verstromt, sondern abgefackelt. Zudem wird die effektive Nutzung der Abwärme der BHKW überhaupt nicht in Betracht gezogen. Denkbar wäre die Trocknung der in der Biogasanlage entstehenden Gülle zu Pellets oder das Trocknen von Teek. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis fordern, dass ungenutzte thermische Verwertung zukünftig nicht mehr passieren darf.

Der übrige Biomüll und die festen Stoffe aus der Biogasanlage werden im Kompostwerk zu qualifiziertem Kompost verarbeitet. Ein Konzept, diesen Kompost gewinnbringend zu nutzen, wurde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag immer wieder eingefordert.

Dazu wäre die Errichtung eines Erdenwerkes wünschenswert. Von Landkreis-Seite wurde darauf bisher immer erwidert, dass die Störstoffe im Kompost wie Plastik, Textil und Glas von den Bewohner\*innen im Landkreis leider nicht sorgfältig genug aus dem Biomüll sortiert werden. Deshalb stellt der Landkreis den Kompost den Landwirten kostenfrei als Dünger zur Verfügung – auf Kosten des Gebührenhaushalts.

Wir fordern hierzu eine erfolgreiche Kampagne, die zur Aufklärung beiträgt und Anreize zur sorgfältigen Mülltrennung schafft. Aufklärung und Werbung für den sorgsamen Umgang mit unserem Abfall fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch deshalb, weil dieser eine Rolle im Bereich des Klimaschutzes spielt. Möglichst viel muss wiederverwertet und jeder Abfall über die Wertstoffhöfe eingesammelt werden.

Für viele ist es schwierig, gerodete Gehölze wie z. B. Hecken oder kleine Mengen Sperrmüll zu den Wertstoffhöfen zu bringen. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die jährliche kostenlose Sperrmüllabfuhr wieder einzuführen und eine jährliche, ebenfalls kostenlose Abfuhr von Gehölzen, die dem Strauchschnitt nicht entsprechen.

# Infrastruktur und Wirtschaft

Ein wichtiges Ziel der Landkreispolitik muss es sein, die Lebens- und Wirtschaftschancen in allen Teilen des Kreisgebietes auf einem hohen Niveau zu sichern. Das verlangt strukturiertes Denken und weitsichtige Planungen, um unseren Landkreis zukunftsfähig zu machen. Gleichzeitig muss seine einzigartige ostfriesische Landschaft als Lebens- und Erholungsraum erhalten werden.

# Regionale Raumordnung und Landschaftsrahmenplan

In den vergangenen Jahren hat der Flächenverbrauch massiv zugenommen. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass auch im aktuellen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) Fragen des demografischen Wandels sowie des Klima- und Naturschutzes bei der Festlegung und Gestaltung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten stärker berücksichtigt werden.

Durch billiges Baugeld ist die Nachfrage durch Investoren rasant angestiegen. Dies führt bis heute zu einem ungebremsen Flächenverbrauch. Umweltaspekte wie platzsparendes Bauen werden mit Hinweis auf Arbeitsplätze vom Tisch gewischt. Großräumige Flächenversiegelungen werden hingenommen.

Wir fordern vom Landkreis hier stärker als bisher gegenzusteuern. Neue Vorschläge zur ökologischen Gestaltung von Gewerbegebieten, wie sie die IHK und das Umweltbundesamt vorschlagen, sind zu berücksichtigen. Deshalb fordern wir, endlich einen Landschaftsrahmenplan als Voraussetzung für ein RROP mit verbindlichen Aussagen zu beschließen und nicht weiter trauriges Schlusslicht bei den Landschaftsrahmenplänen zu bleiben.

## Kompensieren – aber richtig

Für die Einrichtung von Kompensationsflächen fordern wir ein Kompensationskataster, die Einführung eines Flächenpools und die Abkehr von der derzeitigen Kompensationspraxis. Das Vernässen von Mischwaldflächen als Kompensation lehnen wir ab. Versiegelte Flächen müssen in erster Linie durch Flächenentsiegelung kompensiert werden. Das können auch Brachflächen oder landwirtschaftliche Flächen sein, die entsiegelt und aufgewertet werden.

Der Landkreis soll darauf hinwirken, dass große Versiegelungsflächen, auch in Gewerbegebieten, durch naturförderliche Begrünung unterbrochen werden. Die Bepflanzung soll Biotopvernetzung fördern und starke sommerliche Aufheizung vermindern. Große Dachflächen sollen verpflichtend für Solar- und/oder Dachbegrünung genutzt werden.

Im Zusammenhang mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm und der Berücksichtigung des demografischen Wandels soll die Basisversorgung der Bevölkerung im ländlichen Bereich erhalten werden. Hierzu zählen auch die wohnortnahe medizinische Versorgung und die Entwicklung des ÖPNV.

## Tourismus

Die Entwicklung eines Konzeptes für nachhaltigen Tourismus im Gebiet des Landkreises Aurich ist uns ein wichtiges Anliegen zur Wirtschaftsförderung in Verbindung mit dem Klimaschutz. Wir wollen damit ganz spezielle Zielgruppen erreichen. Menschen, die sich als

Individualtourist\*innen für Kultur und Landschaft ihrer Urlaubsregion interessieren, die mit Land und Leuten in Kontakt kommen und entschleunigen wollen.

Das gilt für alle Altersklassen, für Familien und Alleinreisende. Für den Fahrrad- und Wasserwandertourismus steht das Erleben einer unverfälschten Kulturlandschaft im Mittelpunkt der Erwartungen, verbunden mit einer entsprechenden Infrastruktur und Dienstleistungen. Leider wird diese Erwartung an die typisch ostfriesische Landschaft immer mehr eingeschränkt durch die wachsende Konkurrenz mit großen Gewerbe- und Industriegebieten und intensiver landwirtschaftlicher Nutzung wie Maisanbau und Massentierhaltung.

Weiterhin fehlen in diesem Segment viele Arbeitskräfte, weil die Arbeitsbedingungen immer noch zu unattraktiv sind. Hierfür zukünftig die richtigen Akzente zu setzen, und den Wirtschaftsfaktor Tourismus ökologisch in all seinen Facetten stärker zu fördern sehen wir als unsere Aufgabe an.

Dazu gehören die Entwicklung und der Ausbau eines Fahrrad- und Wasserwanderkonzeptes mit der nötigen Infrastruktur wie gut befahrbaren Rad- und Wasserwegen, sicheren Abstellplätze, dezentralen sowie einfachen und gehobenen Unterbringungsmöglichkeiten und Versorgungstationen für Material und Gäste. Genauso wesentlich sind einfach zugängliche Informationen und Dienstleistungen z.B. im Bereich der Routenplanungen und geführter Touren. Es gibt ein riesiges Repertoire an solchen Angeboten, die sich aber noch nicht kompakt und leicht auffindbar den interessierten Gästen erschließen.

Wir wollen erreichen, dass sich die vielen Initiativen, Verbände und Vereine, die professionellen und ehrenamtlichen Akteure der Region zusammenschließen und ihre Kräfte bündeln. Das beinhaltet auch Veranstaltungen rund ums Fahrrad oder verschiedene Bootstypen auf Messen und Sternfahrten, für die Fördermittel eingeworben werden können.

Perspektivisch möchten wir erreichen, dass der Landkreis Aurich als Destination attraktiver für junge Menschen wird, die ganz speziell z.B. nach einem Klassenfahrtsziel in der Natur suchen. Hierfür bietet der Landkreis mit verschiedenen Gedenk- und Naturstätten bereits vielfältige Anreize für unterschiedliche (erlebnis-)pädagogische Konzepte, die noch besser gebündelt, vernetzt und vermarktet werden könnten.

## **Energiewirtschaft**

Auch in der kommenden Wahlperiode setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Gebäuden und die Beteiligung an Bürger-Windparks ermöglicht werden. Unser Ziel ist es, dass Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen bei Neubauten auf Basis des kommunalen Baurechts verpflichtend werden. Großräumige Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Flächen lehnen wir ab. Besser werden hierzu bestehende schon versiegelte Flächen und bestehende Gebäude genutzt.



Aufgrund der fortschreitenden Klimaerwärmung muss der Landkreis konsequenter als bisher das Ziel verfolgen, den Landkreis CO<sub>2</sub>-neutral zu machen. Er kann Modellregion und Vorbild für andere Regionen in Deutschland sein.

Nach langem Kampf hat sich der Landkreis Aurich endlich durchgerungen, sich zu 100% mit zertifiziertem regenerativem Strom zu versorgen und nicht mehr wie bisher aus Kostengründen auf Kohle und Atomstrom zurückzugreifen.

Um die Lebensqualität der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen, unterstützen wir die Forderungen nach der Erdverkabelung der Stromtrassen. Die dezentrale Produktion und Nutzung von Strom ist weiterhin Ziel grüner Politik.

Die Nutzung von Windkraftanlagen begrüßen wir ausdrücklich. Der Landkreis Aurich hat aber gemäß Winderlass der Landesregierung sein Soll weit übererfüllt. Um Förderung der regenerativen Energien mit dezentraler Ausrichtung großflächig voranzutreiben, sind nun auch andere Regionen Deutschlands gefragt, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen bei uns soll darum nur noch sozial- und umweltverträglich im Einvernehmen mit betroffenen Bürger\*innen erfolgen. Das gilt besonders für die Abstandsregelungen zum Lärmschutz der Anwohner\*innen, der wir große Bedeutung beimessen. Im Rahmen des Repowering und der stärkeren Anlagen halten wir auch eine Höhenbegrenzung im Einzelfall für sinnvoll.

Zudem müssen als nächster logischer Entwicklungsschritt, die Möglichkeiten der erzeugungsnahen Energiespeicherung konsequent genutzt werden. So kann die wechselnde Strommengen-Produktion aufgefangen und können Zwangspausen der Erzeugung verhindert werden.

Wir fordern, dass sich der Landkreis aus dem Betrieb von Windkraftanlagen – auch über ausgegliederte Gesellschaften – zurückzieht und sich auf seine Funktion als Genehmigungsbehörde und Kontrollbehörde beschränkt.

## **Abwärme/Fernwärme**

Die konventionellen Biogasanlagen lehnen wir ab. Rest- und Abfallstoffe sowie Gülleüberschüsse sollen vergoren werden, um umweltfreundlichen Dünger und Energie regional zu gewinnen. Aber Biogasanlagen dürfen nicht mit nachwachsenden Rohstoffen, wie Mais und andere Anbaupflanzen mit hohem Dünger- und Pestizideinsatz betrieben werden. Denn diese gefährden die Gesundheit von Boden und Wasser und somit unsere Lebensgrundlagen.

Bei allen Neubauten oder Sanierungen von kreiseigenen Gebäuden soll, sofern noch nicht vorhanden, eine kontrollierte Lüftung mit Wärmerückgewinnung, welche die Anforderungen der Pandemiebekämpfung/-vorbeugung erfüllt, eingebaut oder – soweit vorhanden - modernisiert werden.

Bei der Genehmigung von Neubaugebieten wollen wir die Entwicklung von Nahwärmekonzepten und den Einsatz von solarer / regenerativer Energieerzeugung als Bestandteil der Genehmigungspraxis vorantreiben. Neubauten von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Turnhallen oder Krankenhäuser müssen im Passivenergiestandard errichtet werden.

# Interkommunale Zusammenarbeit

Die Kreisverwaltung soll stärker als bisher die kreisangehörigen Kommunen bei Handwerk / Gewerbe / Einzelhandel / Startups / Tourismus unterstützen und vernetzen.

Ressourcen sollen effektiver und nachhaltiger genutzt und Einsparungen durch Synergieeffekte möglich werden. Dabei soll der Zusammenschluss der „Ems-Achse“ in innovative Konzepte und Projekte eingebunden werden.

Handlungsfelder sind z.B. interkommunale Gewerbegebiete mit koordinierter Nutzung von Ver- und Entsorgungsleistungen, gemeinsame Aus- und Weiterbildung in benachbarten Betrieben, gemeinsame Serviceeinrichtungen, Personal- und Fahrzeugpools, sowie eine kreisweite „Ausbildungsmesse“, bei der sich die Betriebe der Region vorstellen und SchülerInnen sich informieren können. Soweit betroffen soll sich jeweils auch der Landkreis selbst beteiligen.

## Sparkasse

Die Sparkassen sind seit ihrer Gründung als Daseinsfürsorge für die Menschen in der Region geplant, die nur über geringe Mittel verfügen. Die Sparkassen gehören mit ihren politischen Vertreter\*innen zu den wesentlichen Akteur\*innen bei der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Region.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass sich die Sparkasse Aurich-Norden ihrer Aufgabe als Dienstleisterin stellt und sich im Gegensatz zu den Online-Banken als verlässliche Beraterin erweist, wenn es um die uneigennützig Unterstützung der finanziellen Belange unserer Mitbürger\*innen und deren Lebensplanung geht. Das Erzielen von Gewinnen sollte dabei kein vorrangiges Ziel sein.

Die Sparkasse Aurich-Norden ist über Jahrzehnte Mäzenin der bildenden Kunst und hat eine sehenswerte Sammlung zusammengekauft. Dies ist durch die gezahlten Gebühren und Zinsen unserer Mitbürgerinnen möglich geworden, deshalb fordern wir, dass die Kunstsammlung der Sparkasse auch einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

## Kultur

Die Siedlungsgeschichte des Landkreises ist geprägt durch das Ringen mit der Natur um Land. In dem Bereich der Moore entstanden die Fehnsiedlungen und an der Küste die weltweit einzigartigen Warftendörfer. Sie sind für uns das, was in Oberzentren strukturgestaltende Theater, Opernhäuser und Museen sind, die Orte unseres kulturellen Erbes.

Im Landkreis gibt es über 1200 denkmalgeschützte Bauten. Die Denkmalpflege gibt die Regeln vor. Unsere Aufgabe ist es, sie umzusetzen und finanzielle Mittel bereitzustellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass der Haushaltsansatz für die Denkmalpflege kontinuierlich steigt und eine zweite Stelle für die Denkmalpflege eingerichtet wird. Die denkmalgeschützten Gebäude und ihr Zustand müssen in einem Katalog aufgenommen werden. Dieser könnte die touristische Vermarktung erleichtern.

Die kulturelle Landschaft ist geprägt durch das private und ehrenamtliche Engagement. Unsere Vereine gestalten bemerkenswerte Musik- und Theateraufführungen oder erhalten das kulturhistorische Erbe unserer Region in den Heimatmuseen. Dieses Engagement muss vom Landkreis weiterhin finanziell gefördert werden und besonders herausragende Leistungen müssen mit dem Kulturpreis des Landkreises geehrt werden.

Den Anfang initiierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir fordern eine stärkere Unterstützung in diesem Bereich. Denn Künstler\*innen in unserem Raum sind in der Regel Soloselbstständige. Sie sind ohne unsere gesellschaftliche Unterstützung in ihrer finanziellen Existenz bedroht. Das zeigt sich besonders in der Corona-Pandemie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Künstlerinnen in den Gremien des Landkreises eine Stimme haben. Ihr Schaffen muss im Landkreis erhalten und gesichert werden. Wir fordern

- Künstler\*innen-Nachlässe sind in Obhut zu nehmen
- eine Artothek ist zu erstellen
- Öffentliche Hand und ihre Unternehmen müssen die Kunst-Szene aktiv unterstützen

Dafür setzt der Landkreis zukünftig seine kreiseigenen Kunstwerke wie z. B. die Büschelberger Plastik und jährlich 0,02% der Einnahmen im Ergebnishaushalt ein. Wir fordern weiter, dass bei der Erstellung der Artothek auch die Sparkasse Aurich-Norden mit ihrer Kunstsammlung als Sponsorin unterstützend und begleitend agiert.

Wesentliche Akteur\*innen im kulturellen Bereich sind die Musikschulen und die Kreisvolkshochschulen (KVHS). Ihre Aufgaben können nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht bewertet werden, auch wenn sie als GmbHs geführt werden. Sie haben einen schulischen und kulturellen Auftrag. Diese gute Arbeit muss in jedem Haushaltsjahr durch einen entsprechenden Zuschuss unterstützt werden. Die aus der Musikschule entstehenden Projekte benötigen Übungsräume. Das unterstützen wir nachdrücklich

## **Wohnen**

Wohnen ist ein Menschenrecht und eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Steigende Mieten gibt es seit Jahren und wurden schon 2013 durch das Pestel-Institut prognostiziert. Gerade im unteren Segment und für Singles gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Den sozialen Wohnungsbau privaten Investoren zu überlassen ist absolut nicht ausreichend.

Bereits in der letzten Wahlperiode haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür eingesetzt, dass der Landkreis Aurich mit den Kommunen eine Wohnungsbaugesellschaft oder -genossenschaft gründet. Mit dieser Forderung sind wir bisher leider gescheitert.

Es muss auch geprüft werden, ob und wie erhaltenswerte Häuser in den einzelnen Kreisgemeinden gekauft, saniert oder modernisiert und zu erschwinglichen Preisen vermietet oder verkauft werden können. Denn Sozialwohnungen werden auch in kleinen Ortschaften gebraucht und die vorhandene Bausubstanz sollte genutzt werden.

Wichtige Leitlinien sind hierbei ein sparsamer Flächenverbrauch, die Umwandlung von Leerständen sowie die Nutzung umweltschonender Technologien (Abwärme / Fernwärme / Energieeffizienz, „Passivhaus“-Förderung, Aufstocken von Supermärkten mit Wohnraum). Neue Bauformen müssen neben der sozialen Verantwortung eine bedeutende Rolle spielen. Der Landkreis muss hier Vorbild sein und Maßstäbe setzen.

## **Verkehr/Mobilität**

Wir fordern eine ökologische Verkehrswende. Attraktive Radwege fördern den umweltfreundlichen Tourismus wie auch den Naherholungswert.

- Der Landkreis braucht einen Masterplan, der Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Radwegenetze miteinander verzahnt und proaktiv fördert.
- Für den Radwegebau bereitstehende Mittel müssen schneller fließen und angefordert werden.
- Es muss endlich ein Radverkehrskonzept in Zusammenarbeit mit den Kommunen erstellt werden, das sich sowohl auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen bezieht.
- Die Radwegeplanung muss der verstärkten Nutzung durch E-Bikes und Pedelecs Rechnung tragen.

Der ÖPNV muss im gesamten Landkreis und über ihn hinaus weiterentwickelt werden. Das in 2020 vom Kreistag verabschiedete Konzept der Linienbündelung ist ein erster Schritt, der von den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langem gefordert und intensiv unterstützt wurde. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Niedersachsenticket nun auch im Verkehrsverbund Ems-Jade gilt. Das nützt nicht nur den Einwohner\*innen, sondern kommt auch dem Tourismus zugute.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert,

- dass die Nahverkehrsmittel flexibler und bedarfsgerechter eingesetzt werden und die Taktung auf den bereits eingerichteten Buslinien erhöht wird
- dass die Bahnstrecke Aurich-Emden für den Personenverkehr mit Schienenbussen aktiviert wird
- dass Aurich endlich einen Bahnhof bekommt. Dazu muss der Kreistag klare Formulierungen im Regionalen Raumordnungsprogramm beschließen
- dass mehr Verkehre der B210 auf die Schiene gebracht werden. Dafür setzen wir uns zusammen mit der BI „Aurich ran an die Bahn“ ein  
dass die Trasse der Küstenbahn von Norden nach Dornum bis nach Esens verlängert wird und auf diese Art Anschluss an die Bahnlinie Esens/Sande/Oldenburg bekommt.

Die B210n lehnen wir nach wie vor ab. Ihr Bau hält nicht, was er verspricht und die Kosten gehen durch die Decke. Wir wollen diese gigantische Umweltzerstörung und die Belastung der Anlieger\*innen mit Lärm und Abgasen nicht in Kauf nehmen. Wir sehen uns durch die Expertise des Umweltbundesamtes bestätigt und unterstützen weiterhin die „Bürgerinitiative für Landschafts- und Naturschutz“ (BILaNz), die seit Jahren mit Alternativkonzepten gegen dieses Wahnsinnsprojekt kämpft.

E- und Wasserstoffmobilität müssen in Rahmen eines neuen nachhaltigen Mobilitätskonzepts berücksichtigt werden, dass das Fahrrad und den ÖPNV als zentrale Verkehrsmittel berücksichtigt.

Zur Förderung nachhaltigerer Mobilität ...

- sollte Ladestationsbetreibern der Bau von E-Ladepunkten an Parkplätzen vor öffentlichen Gebäuden ermöglicht werden, ohne sie dafür zusätzlich zu entlohnen
- müssten bei Ausschreibungen im ÖPNV und für Landkreisfahrzeuge bevorzugt emissionsfreie Antriebstechnologie berücksichtigt werden.

Ziel aller Maßnahmen muss die Emissionsneutralität sein.

## **Digitalisierung**

Ein leistungsfähiges Internet ist zukunftsentscheidend für die Sicherheit von jetzigen und zukünftigen Arbeitsplätzen, sozialem Status und Bildung in unserer Region. Sein Ausbau muss jetzt geschehen. Wir wollen, dass die Versorgung von ländlichen Gemeinden mit schnellem Internet vorangetrieben wird. „Weiße Flecken“ auf der Landkreiskarte darf es nirgendwo mehr geben.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig der Zugang zu einem leistungsfähigen Netz ist, um die Bildungschancen von Schüler\*innen und Studierenden durch einen effektiven Online-Zugang zu wahren. Kinder und Jugendliche, die keinen Zugang zu den neuen Medien haben, werden nachhaltig an der selbstbestimmten Lebensplanung gehindert. Das ist für uns inakzeptabel. Dazu gehört aber auch, die Schulen mit leistungsfähigeren Servern und ausreichend Fachpersonal auszustatten sowie dem Lehrpersonal die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben.

Viele Arbeitsplätze sind nur durch die Möglichkeiten der Telearbeit im Home-Office zu sichern. Herkömmliche Arbeitsstätten benötigen schnelles Internet für Produktion, Informationsaustausch und Vertrieb. Das sehen wir auch als Chance zur Ansiedlung neuer, klimafreundlicher Betriebe in unserer naturgeprägten Landschaft. Darum begleiten wir GRÜNEN den Breitbandausbau des Landkreises mit Nachdruck, da hier bereits viel Zeit durch Managementfehler vertan wurde.

**Eine gute digitale Infrastruktur ist entscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit.**

# **Kinder/Jugend/Familien**

Die gerechte Bezahlung von Tagespflegepersonen haben wir seit einigen Jahren eingefordert. Dass nun die neugestaltete Satzung des Landkreises dazu führte, dass die Elternbeiträge exorbitant angestiegen sind, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Einkommenssituation bei den Tagesmüttern, haben wir als Schildbürgerstreich empfunden.

Wir haben uns daher der Forderung der Eltern nach einer Überarbeitung und rückwirkender Änderung angeschlossen. Nun müssen die Stundensätze für die Tagesmütter regelmäßig jährlich an die Lohnsteigerungen in der Arbeitnehmerschaft angehoben werden.

Die „Fridays for Future“-Bewegung zeigt, dass Kinder- und Jugendliche aktiv ihren Lebensraum und ihre Zukunft gestalten wollen. Kinder- und Jugendparlamente zu etablieren hatten wir uns schon im letzten Wahlprogramm auf die Fahnen geschrieben. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche möglichst früh mit demokratischen Entscheidungsprinzipien Erfahrungen sammeln und lernen, ihre Forderungen zu artikulieren und durchzusetzen.

Während es in einigen Kommunen Jugendparlamente gibt, ist es im Landkreis Aurich schwer, eine Jugendbeteiligung umzusetzen. Dazu bedarf es aber kontinuierlicher Aktivitäten über den gesamten Zeitraum. Die vom Landkreis seinerzeit durchgeführte Aktion „Pimp Your Town“ hatte reichlich Zuspruch gefunden. Sie sollte darum regelmäßig durchgeführt und von weiteren Veranstaltungen unterschiedlichster Art flankiert werden.

# **Schule und Bildung**

Der Landkreis Aurich gründete in den letzten Jahren mehrere neue Integrierte Gesamtschulen (IGS). Die meisten Förderschulen wurden geschlossen, weil viele der Schüler\*innen mit Förderbedarf jetzt Regelschulen besuchen. Auch an unseren Berufsbildenden Schulen ist in diesem Zusammenhang viel geschehen und zusätzlich wurde ihr Angebot den aktuellen Anforderungen in der dualen Ausbildung angepasst.

Gleichzeitig veränderten sich die pädagogischen Anforderungen in der Betreuung und für den Unterricht stark. Die Digitalisierung verändert fortschreitend den Schulalltag. Sie hat nicht nur die Unterrichtsformen verändert, sondern auch viele soziale Kontakte in das Internet verlagert.

Darüber werden unsere Schüler\*innen auch in einem bisher unbekanntem Maß Mobbing und Hate-Speech ausgesetzt. Ein Problem mit dem wir die Eltern und Lehrkollegien nicht allein lassen dürfen. Der Umgang mit den Neuen Medien, fake news, Datenschutz und Recht muss integraler Bestandteil des Unterrichts und des Ganztagschulangebotes sein, um die Demokratie im Netz zu stärken.

Die Zusammenarbeit von den Schulen mit Handwerkskammer, Kultureinrichtungen und Hochschulen muss intensiviert werden, um den Schüler\*innen die Breite der beruflichen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Der „inklusive Unterricht“ ist inzwischen die Regel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, dass es für alle Schüler\*innen ein Förderangebot gibt, das auf ihre jeweilige Situation eingeht und nicht auf den Durchschnitt abhebt. Das gilt für Handicaps wie z.B. auch Hochbegabungen. Dies ist nur mit zusätzlich vom Landkreis gestellten Personal möglich, wie wir es schon seit Jahren fordern. An jede Schule gehören qualifizierte Schulsozialarbeiter\*innen. Alle Schulen müssen die gesamte Gesellschaft abbilden können und dürfen in ihren Problemen nicht allein gelassen werden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen deshalb noch weitergehenden Handlungsbedarf:

- Alle Schularten müssen sich aktiv an der Inklusion beteiligen.
- Die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche muss überprüft werden. Denn ein Wettbewerb zwischen den Schulen kann zur Verbesserung der Schul-Qualität beitragen.
- Auch die Konzeption der Gesamtschulen in unserem Schulsystem muss stetig angepasst werden, damit eine IGS keine „Restschule“ wird.
- Motivierende außerschulische Lernorte, wie das EEZ in Aurich, sollten integraler Teil der Schulkonzepte werden.
- Zudem benötigen Schulen rechtzeitig unterstützende Fördermaßnahmen, wenn es zu einer Häufung von Schüler\*innen mit Problemen kommt.

Unser Ziel ist, dass jedes Kind unseres Landkreises die Schule mit einem Abschluss verlässt und dabei bestmöglich unterstützt wird.

Bereits vor der Corona-Pandemie waren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine hochwertigere energetische Qualität unserer öffentlichen Gebäude. Wir fordern deshalb Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung in allen Schulgebäuden. Die positiven Effekte liegen auf der Hand:

- Eine gute Durchlüftung der Unterrichtsräume mit sauberer, sauerstoffreicher Luft, was die Konzentrationsfähigkeit fördert.
- Die Zahl der Krankheitserreger in den Gebäuden wird gemindert.
- Schüler\*innen und Schulpersonal verringern ihren CO<sub>2</sub>-Fussabdruck und tragen damit zum Klimaschutz bei.
- Es ergibt sich eine erhebliche Kosteneinsparung bei den Heizkosten, die wegen der bereits beschlossenen CO<sub>2</sub>-Bepreisung garantiert steigen werden.

Schulen prägen Schüler\*innen für ihr Leben und müssen deshalb Beispiele für bestmögliches, modernes nachhaltiges Bauen sein.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter auszubauen, fordern wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen konsequenten und qualitativen Ausbau des Ganztagsangebotes in allen Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zum Abitur. Ein Ganztagsangebot muss in der gesamten Woche möglich sein. Dieses sollte nicht nur die einfache Betreuung der Kinder und Jugendlichen beinhalten, sondern ein qualitatives Angebot darstellen, was ihre Interessen anspricht und Benachteiligten hilft. In der Schule können Räume für unsere Kinder geschaffen werden, in denen alle die gleichen Chancen haben. Eine gute Schulbildung darf keine Frage

des Geldbeutels sein! Deshalb muss eine gute Schüler\*innen-Beförderung auch grundsätzlich für alle kostenlos sein - auch in der Oberstufe.

Die Betreuung von Kindern in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten muss ebenfalls kostenfrei sein.

Musik und Kunst sind ein wichtiger kultureller Teil dieser Gesellschaft. Wir fordern daher, Musikschulen und Kulturvereine als Bildungsauftrag des Landkreises zu begreifen. Ein gut ausgebauter Nahverkehr ist hierzu unabdingbar.

Noch immer ist Analphabetismus ein Problem unserer Gesellschaft. Daher fordern wir niederschwellige, funktionierende Angebote, die Betroffene nutzen können. Die Kreisvolkshochschulen in Aurich und Norden erfüllen einen wesentlichen gesellschaftlichen Auftrag im Bildungsbereich. Gerade in der Flüchtlingsarbeit nehmen die KVHSen eine wichtige Rolle in der Integrationsarbeit ein. Wir wollen sie dabei weiterhin unterstützen.

## **Jugendleiter\*innen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiß, dass die Jugendleitungscard „Juleica“ für [Qualität](#) bürgt: Alle Juleica-Inhaber\*innen haben eine Ausbildung nach festgeschriebenen Standards absolviert und sich dabei mindestens 50 Stunden lang mit Gruppenpädagogik, Aufsichtspflicht, Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, Methoden und vielen anderen Themenbereichen beschäftigt.

Eltern können also ganz beruhigt ihr Kind an den verschiedenen Angeboten der Jugendarbeit teilnehmen lassen, wenn die Betreuer\*innen die Juleica besitzen. Dieses freiwillige Engagement der jungen Menschen, neben Schule, Ausbildung oder Beruf, muss auch der Landkreis würdigen. Hierzu bedarf es weitreichender Förderung und mindestens Gleichstellung mit den Vergünstigungen einer Ehrenamts- oder Seniorencard.

## **Integration und Migration**

Nur dank der Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Migrationsausschuss eingerichtet.

Für uns Grüne bedeutet Integration mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Die Gründe für Migration sind so vielfältig wie die Menschen die zu uns kommen und genauso Vielfältig sollten auch die Hilfestellungen im Landkreis Aurich sein. Dazu gehören zeitnahe Bildungsinitiativen, die Geflüchtete in allen Belangen des Alltags unterstützen, z.B. mit Deutschkursen die Sprache aber auch demokratische Werte und rechtsstaatliche Prinzipien vermitteln. Integration betrifft nicht nur Flüchtlinge sondern auch EU-Bürger und andere qualifizierte Arbeitskräfte, um diesen Menschen bei der Integration zu helfen, müssen auch innerhalb der Verwaltung stetig Fortbildungen stattfinden, um die sprachlichen und kulturellen Hürden abzubauen. Nur damit kann ein eigenverantwortliches Leben als integraler Teil unserer Gesellschaft gestaltet werden.



Hierzu gehört auch ausreichender, menschenwürdiger Wohnraum.

Durch die Abschottungspolitik der EU und der Bundesregierung sind in den letzten Jahren kaum noch Asylsuchende im Landkreis Aurich angekommen. Darum lag der Schwerpunkt vor allem darauf, die Qualität der Ausbildung für Frauen zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, an Sprachkursen teilzunehmen. Mit der Forderung nach Übernahme von Kinderbetreuungskosten durch den Landkreis ist es den GRÜNEN gelungen, dass viele Frauen erreicht werden konnten und das Interesse erfreulich hoch ist.

Angesichts des Elends in den Flüchtlingslagern an den EU-Grenzen muss der Landkreis auf eine steigende Zahl von Flüchtlingen vorbereitet sein. Die Kreisvolkshochschulen und das Jobcenter werden dabei weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Darauf müssen sie flexibel reagieren und zeitnah genügend Integrations- sowie Berufsförderungskurse anbieten. Landesmittel müssen verstärkt dazu eingesetzt werden, um Migrant\*innen bedarfsgerecht weiterzuqualifizieren; z.B. im Bereich der stationären und häuslichen Pflege.

Freiwillige Helfer\*innen in der Asyl- und Migrationsarbeit spielen eine wesentliche Rolle. Ohne sie wäre eine erfolgreiche Integrationsarbeit im Landkreis unmöglich. Und auch Selbsthilfegruppen müssen kontinuierlich gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese freiwilligen Helfer\*innen und Gruppen mit all ihren Möglichkeiten weiter unterstützen.

## **Senior\*innen**

Unsere Forderung nach Einführung einer Senior\*innen-Card ist in der letzten Wahlperiode leider gescheitert, weil die Verwaltung Schwierigkeiten in der Umsetzung prognostizierte und der politische Wille hierzu fehlte.

Damit Seniorinnen und Senioren ihre Belange besser gegenüber der Politik vertreten können, setzen wir uns für einen Senior\*innenbeirat auf Kreisebene ein. Dieser soll eine beratende Stimme im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erhalten. Damit wäre sichergestellt, dass die Belange der Senior\*innen dort vertreten sind.

## **Soziales**

Als Grüne setzen wir uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für ALLE ermöglicht. Sie darf in unserem Landkreis nicht zum Reparaturbetrieb für die Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene verkommen.

Folgekosten, die auch durch die Corona-Pandemie Löcher in die kommunalen Haushalte reißen, dürfen nicht dazu führen, dass im sozialen Bereich gespart wird. Viele der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ des Landkreises stehen allzu oft unter haushaltspolitischen Zwängen. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen.

Die Pandemie zeigt auf, dass die bisherigen Standards zur individuellen Sicherheit, für Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe nicht ausreichen. Die Sorgen der Menschen müssen ernster genommen werden, denn diese gesellschaftlichen Leistungen dürfen nicht vom Einkommen abhängig sein.

## **Gesundheit**

Der GRÜNEN Forderung nach Einrichtung einer „Gesundheitsregion“ wurde nun endlich in Teilen nachgekommen. Der Landkreis hat bei dem „GKV-Bündnis für Gesundheit“ einen Antrag auf „Gesundheitsförderung in der Kommune“ gestellt.

Eine Gesundheitsmanagerin wurde eingestellt und ein Unterausschuss Gesundheitsförderung und Prävention eingerichtet. Wieder einmal hat man sich für die Variante entschieden, bei der man als Landkreis das wenigste Geld einsetzen muss. Niedersachsen fördert seit 2014 Gesundheitsregionen. Die Landkreise müssten kofinanzieren, aber der Landkreis Aurich will sich vor den Kosten drücken, als einer der wenigen.

Gesundheitsregionen haben ein breiteres Spektrum. Sie sind nicht nur fokussiert auf Prävention. Es reicht von der Verbesserung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung bis hin zur Beseitigung des Fachkräftemangels in der Pflege. Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels sind Vernetzungen und Kooperationen der Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen träger- und sektorenübergreifend notwendig. Als Mitglieder dieses Ausschusses setzen wir GRÜNEN uns aktiv für eine verbesserte Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis ein.

In dem Bereich des „Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke“ (NPsychKG) lässt die Erstellung eines sozialpsychiatrischen Planes seit Jahrzehnten auf sich warten. Dieser ist verpflichtend vorgesehen und wurde mehrfach von uns angemahnt. Insgesamt lässt die Versorgung psychisch kranker Menschen zu wünschen übrig. Besondere Wohnformen sowie Therapie- und Fördermöglichkeiten, gerade für junge psychisch kranke Menschen, sind nicht in ausreichender Zahl oder gar nicht vorhanden. Insgesamt zeigt sich gerade jetzt in der Pandemie, dass der öffentliche Gesundheitsdienst personell und technisch unzureichend ausgestattet ist. Dies bedarf der Änderung. Ausreichende Vorschläge dafür hat unsere Bundestagsfraktion schon vorgelegt.

Die Planung zum Bau einer Zentralklinik in Georgsheil schreitet voran. Allerdings gibt es bisher noch keine eindeutige Aussage seitens des Landes Niedersachsen über die Höhe der Förderzuschüsse. Wir fordern daher das Land auf, ausreichend Finanzmittel für die Sicherstellung der stationären und wohnortnahen Grund-Versorgung in unserer Region zur Verfügung zu stellen. Für die Zeit bis zur Fertigstellung des Neubaus in Georgsheil darf an den bisherigen Standorten Aurich, Emden und Norden die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung nicht vernachlässigt werden!! Es muss sichergestellt werden, dass Investitionen getätigt werden, die aus medizinischer Sicht notwendig sind. Die ambulante Notfallversorgung an den bisherigen drei Standorten muss personell und technisch so

ausgestattet sein, dass alle Bürger\*innen des Landkreises sicher sein können, auf höchstem Niveau versorgt zu werden.

Die Schließung der Geburtsstation in Emden und die damit verbundene Verlagerung nach Aurich hat zu einigem Unmut in der Bevölkerung geführt. Damit ist für den gesamten Bereich des Landkreises Aurich und der Stadt Emden nur noch Aurich für Geburten zuständig. Um weiterhin eine wohnortnahe Geburt möglich zu machen, wäre die Einrichtung von Geburtshäusern in Emden und Norden durchaus eine Alternative. Dies möchten wir mit den betroffenen Schwangeren, Familien und Hebammen diskutieren.

## **Rettungsdienst**

Das konsequente Nachfragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bewirkte, dass jetzt regelmäßig von wechselnden Sachverständigen externe Gutachten für den Rettungsdienst erstellt werden.

Damit wird erreicht, dass der Rettungsdienst des Landkreises, angepasst an die demografische Entwicklung, personell optimal aufgestellt ist. Auch die Rettungswagen müssen immer den aktuellen technischen Entwicklungen entsprechen. Angesichts des geplanten Neubaus einer Zentralklinik in Georgsheil muss sichergestellt sein, dass die Rettungsdienste ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können und innerhalb von 15 Minuten am Notfallort sind.

## **Pflege**

Die Pflegekonferenz hat in den letzten 5 Jahren ganze 1-mal getagt. Ein Paradebeispiel dafür, welchen Stellenwert die Pflege in der Gesellschaft einnimmt. Daher fordern wir

- die Weiterentwicklung der Pflegekonferenz in einen externen Qualitätszirkel
- dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wieder öfter in den unterschiedlichsten Einrichtungen vor Ort tagt. Nicht nur um die Einrichtungen kennenzulernen, sondern auch um mit den Mitgliedern der Heimbeiräte in Kontakt zu kommen – und deren Nöte und Sorgen anzuhören.
- eine bessere Versorgung von Menschen mit Demenz, da diese Problematik in den nächsten Jahren an Bedeutung zunimmt. Das müssen wir in der nächsten Wahlperiode umsetzen. Hierzu soll der Ausschuss sich mehrere Formen der Betreuung ansehen, um diese möglichst in unserem Landkreis zu etablieren.
- dass der Landkreis als starker kommunaler Heimanbieter präsent ist. Die Landkreiseigenen Heime, Helenenstift und Johann-Christian-Reil-Haus, sowie die dazugehörigen ambulanten Einrichtungen stellen einen wichtigen Teil der Daseinsfürsorge im Landkreis Aurich dar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass in kommunaler Trägerschaft Pflege in einer hochwertigen und modernen Umgebung, oder in ihrer eigenen Häuslichkeit, von tariflich bezahltem Personal versorgt werden können.

## **Jobcenter**

Wir GRÜNEN haben jahrelang gefordert, das Jobcenter nicht mehr als Anstalt des öffentlichen Rechts zu führen. Dem wurde nun durch die Landkreisverwaltung nachgekommen. Seit Januar 2021 wird das Jobcenter als Amt innerhalb der Kreisverwaltung geführt. Der zuständige Ausschuss ist nun öffentlich und dessen Haushalt liegt nun im Zuständigkeitsbereich des Landkreises.

Da dieser „Ausschuss für Soziales Gesundheit und Gleichstellung“ bereits thematisch überfrachtet ist, fordern wir den Ausschuss neu zuzuschneiden bzw. aufzuteilen.

Da sich die anerkannten Unterkunftskosten nach den Mietspiegeln in Norden und Aurich richten, müssen die Ratsmitglieder in diesen Kommunen regelmäßig für eine Aktualisierung sorgen. Für die Umlandgemeinden ist der Kreis zuständig. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass diese anerkannten Kosten regelmäßig an die steigenden Mieten angepasst werden.

Im Landkreis Aurich beziehen zu viele Menschen „Hartz 4“. Wir wollen erreichen, dass Vermittlungshemmnisse in Zusammenarbeit mit den betroffenen Menschen beseitigt werden, anstatt Sanktionen zu verhängen. Kurzfristige Weiterbildungsmaßnahmen, in denen sich Menschen nicht weiterentwickeln, sondern auf der Stelle treten helfen nicht effektiv aus dem Hartz 4 Bezug heraus, sondern schönen nur die Statistiken.

Die Finanzierung einer regulären Ausbildung gibt den Betroffenen eine Perspektive für einen neuen Beruf. Gleichzeitig sichert eine steuer- und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung langfristig die Einnahmen des Staates, der Sozialsysteme sowie auch die Rente dieser Menschen selbst. Auch die Integration geflüchteter Menschen wird hierdurch verbessert.

Menschen mit kurzfristig nicht zu beseitigenden Vermittlungshemmnissen (Ein-Euro-Jobber) sollten Gelegenheit erhalten, verstärkt in anderen sozialen oder ökologischen Bereichen unserer Gesellschaft zu arbeiten.

## **Haushalt**

Als 2003 die Kassenkredite unseres Landkreises bei rund 90 Millionen lagen, wurde die Kreisumlage erhöht. Dies war mit dem Versprechen verbunden, sie wieder abzusenken, wenn diese Kredite abgebaut sind. Durch die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Steuereinnahmen und die jahrelangen Niedrigzinspolitik der EU, ist es im Landkreis Aurich gelungen, alle Kassenkredite abzubauen und es bestand die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden.

Die langfristigen Kredite stiegen aber an, weil der Landkreis Neubauten wie an der IGS West errichtete oder Kreisstraßen von Grund auf sanierte, z.B. die von Georgsfeld nach Tannenhausen. So konnte die Gesamtkreditsumme nicht gesenkt werden.

Im Dezember 2020 hat der Auricher Kreistag beschlossen, die Kreisumlage um 3% zu senken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern jetzt, die Umlage auf Dauer auf diesem Niveau zu halten, um den Kommunen eine konstante Planungsgröße an die Hand zu geben. Dazu ist eine stringente Haushaltsführung nötig:

- Es müssen verbindliche und nachhaltige Ziele festgelegt werden.
- Es muss evaluiert werden, ob die Ziele erreicht wurden und die eingesetzten Finanzen dazu gedient haben.

Wir GRÜNEN fordern...

- Einsparungen bei organisatorischen Verwaltungskosten: Es muss beschlossen werden, die Kosten für Sach- und Dienstleitung sofort um 10 % zu senken, das Vorschlagswesen zu stärken, ein Raumoptimierungskonzept zu erarbeiten und eine zentrale Vergabestelle einzurichten.
- Dass neue Projekte ohne Gegenfinanzierung nicht in den Haushalt aufgenommen werden dürfen.
- Um fundiert die Haushaltslage bewerten zu können, sind sowohl ein früher Beschluss über den Haushalt als auch fristgerechte Jahresabschlüsse unabdingbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bessere Transparenz, Bürgerbeteiligung und die Aufstellung eines Bürgerhaushalts ein.

## **– Gleichstellung**

Sieht man sich den aktuellen Gleichstellungsplan an, wird geradezu deutlich, wie oft erreichte Ziele wieder zunichte gemacht wurden. So wurden im Kreis frei gewordene Führungsstellen, die zuvor mit Frauen besetzt waren, mit Männern besetzt. Und auch in der Corona-Pandemie mussten insbesondere Frauen beruflich zurückstecken, um der Familienarbeit nachzugehen.

Wir wollen endlich einen eigenständigen Ausschuss für Gleichstellung!

In diesem kann der Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen besser Gehör verschafft werden, als in dem allgemeinen und großen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Es geht hier vorrangig um das Erreichen der gleichen Teilhabe, aber auch um Teilzeit- sowie Job-Sharing-Modelle.

Wir fordern auch...

- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter anderem durch eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit
- die Zertifizierung des Landkreises als familienfreundlicher Landkreis, wie von uns schon vor einigen Jahren gefordert
- eine Evaluierung und Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Unsere umgesetzte Forderung nach mehr Tele-Arbeitsplätzen (Homeoffice) ist dem Landkreis gerade in der Corona-Pandemie zugutegekommen. Wichtig ist es, im Normalbetrieb nicht in

alte Verhaltensweisen zurückzufallen. Das Homeoffice muss für einen zeitgemäßen Arbeitgeber selbstverständlich sein. Von diesem Angebot profitieren natürlich auch alle Männer.

Damit der Landkreis Mitarbeiter\*innen behalten bzw. gewinnen kann, müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Dazu gehören sowohl eine verlässliche Kinderbetreuung als auch die verbesserte Möglichkeit zur Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen. Hierfür brauchen wir den geforderten Gleichstellungsausschuss.

## Verwaltung

Die wichtigsten Aufgaben des Landkreis sind die Daseinsfürsorge, die Dienstleistung für die Bürger\*innen und die Verantwortung für unsere Umwelt.

### **Verantwortung für die Mitarbeiter\*innen**

Der Landkreis ist mit seiner Verwaltung und den kreiseigenen Gesellschaften der größte Arbeitgeber im Kreis. Er stellt mit Abstand die meisten Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Verantwortung, die die Verwaltungsspitze zusammen mit dem Kreistag für die Mitarbeiterinnen trägt, ist groß. Sie reicht vom Schutz vor Mobbing bis hin zu Arbeitsverhältnissen, die Altersarmut verhindern, und muss im Leitbild des Landkreis daher den entsprechend hervorgehobenen Platz einnehmen. Dieses bisher fehlende Leitbild des Landkreises, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon seit Jahren ein.

Die Mitsprache aller Mitarbeitenden und gerechte Arbeitsbedingungen müssen gesichert werden. Darum fordern wir:

- In jedem kreiseigenen Betrieb muss das Recht auf eine Personalvertretung umgesetzt werden.
- Diese Vertretung müssen ein Mitspracherecht in den Gesellschafterversammlungen haben.
- Die kreiseigenen Betriebe müssen re-kommunalisiert werden.
- In allen Betrieben muss der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes TVÖD angewendet werden. An der Kreisvolkshochschule wird dies durch unsere Intervention bereits schrittweise umgesetzt

Ein langfristiges Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis darf nicht in die Altersarmut führen, wie z.B. durch halben Stellen in der Gebäudereinigung.

Es müssen regelmäßig mit allen Mitarbeiter\*innen Jahresgespräche geführt werden. Für alle Bereiche müssen Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden, um Aufstiegschancen zu bieten.

Beim Stellenplan fällt auf, dass die Stellen-Anzahl stetig steigt, aber es am Stichtag eine ansteigende Zahl nicht-besetzter Stellen gibt. Diese Quote steigt von Jahr zu Jahr. Die Ursachen müssen ergründet und dann darauf reagiert werden.

Der Landkreis ist ein Dienstleistungsunternehmen, das nicht nur betriebswirtschaftlich bewertet werden kann. Dennoch muss auf die Kosten geachtet werden.

Die Mitarbeiter\*innen können bei Einsparungen wichtige Ratgeber\*innen sein.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

- das Vorschlagswesen neu und attraktiv aufzustellen.
- seit Langem eine zentrale Vergabestelle, die auch gegen eine Gebühr für die Gemeinden im Landkreis tätig werden kann, um Synergieeffekte zu nutzen
- die Schaffung eines Umweltamtes, damit Wasser-, Boden- und Naturschutz in einer Hand liegen
- eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, die sich mehr als bisher an den ökologischen Belangen des Landkreises orientiert.

## **Bildung eines Umweltamtes**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Aufgaben Umwelt-, Natur-, Gewässer- und Bodenschutz in einem Umweltamt zu bündeln, um in diesen Bereichen möglichst effektiv zu arbeiten. Aufgaben dieses Amtes sollen unter anderem die Weiterentwicklung des Wallhecken- und Alleebaumschutzes, der Schutz der Moore und Ausweisung, Erhalt und Überprüfung von Kompensationsflächen sein.

Dafür ist es notwendig, dass sich die jeweils Beteiligten wie Naturschutz-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsverbände verständigen und nach gemeinsamen Wegen suchen. Das bleibt Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

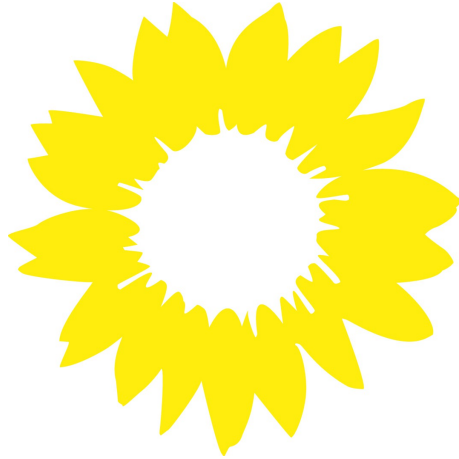
Für den Verwaltungsbetrieb des Landkreises fordern wir, dass das Beschaffungswesen stärker an Nachhaltigkeitsfragen orientiert wird. Insofern sollen regionale, ökologische und Fair-Trade Produkte stärker eingesetzt werden.

## **Förderrichtlinien**

Die Förderrichtlinien für Kreiszuweisungen sollen neu definiert werden und stärker auf interkommunale Zusammenarbeit ausgerichtet werden.

Die Landkreisverwaltung ist vor allem Dienstleister. Zu seinen Aufgaben zählt die optimale Beratung der Bevölkerung über die ihm zustehenden Leistungen. Wir setzen uns für bürgerfreundliche Öffnungszeiten und klare Strukturen ein. Wir erwarten bürgerfreundliche Informationen, wer für welche Angelegenheit Ansprechpartner\*in ist, kompetente und freundliche Mitarbeiter\*innen sowie die Möglichkeit, möglichst viele Angelegenheiten auch digital zu erledigen.

Wir wollen mehr Transparenz in der Verwaltung und gleiche Einstiegs- und Aufstiegschancen erreichen. Dazu gehören z.B. transparente Ausschreibungsverfahren und anonymisierte Bewerbungen, um Bewerber\*innen mit der entsprechenden Kompetenz ohne Ansehen der Person dieselben Chancen zu garantieren. Nach der Kommunalverfassung soll der Kreistag und seine Abgeordneten die Verwaltung unterstützen, aber auch die Durchführung der Beschlüsse sowie den sonstigen Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten überwachen. Das scheint bei den Hauptverwaltungsbeamt\*innen aber immer öfter in Vergessenheit zu geraten.



Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freuen uns darauf, diese Themen transparent und unter größtmöglicher Bürgerbeteiligung voranzubringen. Denn gelebte Demokratie muss gemeinsam gestaltet werden. Zusammen können wir hier in Ostfriesland eine gesunde Umwelt, gerechtere Strukturen und eine lebenswerte Zukunft gestalten.

**Darum bitten wir Euch: Geht zur Wahl und gebt uns Eure Stimmen.**

**OSTFRIESLAND.ALLES IST DRIN.**